

Faktencheck: SP führt die falsche Militärpolitik

Autor(en): **Alder, Konrad**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **92 (2017)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-731490>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Faktencheck: SP führt die falsche Militärpolitik

Die SP Schweiz, die sich mit den notorischen Armeeabschaffern der GSoA die stetige Schwächung und Abschaffung unserer Armee in ihr Parteiprogramm schrieb, wirkt bei ihren Stellungnahmen zu sicherheitspolitischen Fragen inkompetent.

Stellungnahme vom Experten für Aviatik und Sicherheitspolitik Konrad Alder

Wenn solche erfolgen, sollten sie aber wenigstens einem Faktencheck standhalten. Das SP-Mediencommuniqué zur Armeebotschaft 2017 vom 23. Februar 2017 strotzt nun aber so von Fehlaussagen, dass ich nicht umhin komme, wenigstens zu einigen ihrer realitätsfremden Argumenten korrigierend Stellung zu beziehen.

Mehrere Fehlaussagen

1) Ich stelle fest, dass auch die SP den Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 24. August 2016 nur sehr selektiv gelesen hat: Dort, wo sie glaubt, von den Ausführungen unserer Regierung in ihrer Argumentation und Zielsetzung unterstützt zu werden.

Ich empfehle der SP deshalb, dass sie sich einmal ernsthaft mit den Seiten 90-95 im Kapitel «Bewaffneter Angriff» auseinandersetzt. Dann wird auch sie unzweifelhaft zum Schluss kommen, dass unsere Armee im Rahmen der vom Bundesrat definierten Sicherheitspolitik den Kernauftrag hat, sich auch auf den gefährlichsten und nicht nur auf den wahrscheinlichsten Bedrohungsfall vorzubereiten.

2) Sie verschweigt zu den von ihr ins Feld geführten «neuen Bedrohungsszenarien» wissentlich, dass die Verhinderung und Bekämpfung von Terroranschlägen wegen ihrer agilen Erscheinungsformen lediglich Subsidiär die Aufgabe unserer militärischen Landesverteidigung ist und aus operationellen Gründen auch sein kann.

3) Für die Bedrohungen aus der Operationssphäre «Cyber Raum» mit seinen ganz speziellen technischen Charakteristi-

ken, trägt nicht nur das VBS, sondern auch alle übrigen Departemente, die Wirtschaft, Organisationen wie die SP selbst sowie alle Privatpersonen eine umfassende, nicht delegierbare Verantwortung.

4) Bei ihrem Parteiprogramm nicht überraschend – aber trotzdem unredlich – verschweigt sie in ihrem Mediencommuniqué weiter, dass der eigentliche Armeeauftrag im Fall eines bewaffneten Angriffs die Verteidigung unseres Landes ist.

Vermeintliche «Dividende»

Und dafür sind – wie in der Armeebotschaft 2017 beantragt – nach jahrelangem, unverantwortlichen Konsumieren von vermeintlichen «Friedensdividenden» – die notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

Dabei ist sicherzustellen, dass unsere in einem solchen ausserordentlichen Extremfall im aktiven Dienste stehenden Wehrmänner bedrohungsgerecht bewaffnet und ausgerüstet sind und für etwas mehr als nur einige wenige Tage über Munition und weitere überlebenswichtige Nachschubgüter verfügen.

Das ist im Übrigen das Mindeste, was man von unseren gut entlohnten SP-(Berufs-) und allen anderen Politikern in Bern zugunsten unserer noch Militärdienst leistenden Bürgern erwarten darf.

Ich nutze diese Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass von der im Rahmen der Armeebotschaft 2017 zur Beschaffung gelangenden «Next Generation Light Anti-Tank Weapon» NLAW für den Einsatz gegen fahrende Kampfpanzer und Gebäudestrukturen auf Entfernungen bis

800 m nur eine völlig unzureichende Stückzahl in Auftrag gegeben werden konnte!

5) Was den im Mediencommuniqué «sehr unwahrscheinlichen Territorialkonflikt auf Schweizer Boden» anbelangt, so sei auf ein Interview der *NZZ am Sonntag* mit Ian Bremmer, dem Präsidenten der Eurasia Group am WEF 2017 hingewiesen.

Darin führt der renommierte Politologe aus: «Seit der Raketenkrise auf Kuba, als die Sowjetunion und die USA am Rand eines nuklearen Konflikts standen, war es geopolitisch nie mehr so gefährlich. Es ist das erste Mal seit dem Kollaps der Sowjetunion, dass ich denke, ein Krieg zwischen grösseren Mächten sei denkbar. Nicht wahrscheinlich, aber denkbar.»

SP genügt nicht

Gleich und ebenfalls in der *NZZ am Sonntag* äusserte sich erstaunlicherweise 2014 auch der SP-Präsident und Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates Christian Levrat. Und seither hat sich die sicherheitspolitische Lage leider nirgendwo auf unserer Erdkugel zum Besseren gewendet!

Im Lichte der negativen Entwicklung enttäuscht die sicherheitspolitische Arbeit der SP. Sie mag nicht zu genügen! Hauptgrund dafür ist die Tatsache, dass sich in dieser Partei wenige ernsthaft und engagiert mit solchen Fragen auseinandersetzen wollen. Von einer Bundesratspartei erwarte ich als Bürger eines unabhängigen und der bewaffneten Neutralität verpflichteten Staates eine aktive, aufrichtige Auseinandersetzung mit unserer Landesverteidigung in all ihren Ausprägungen.

Auch wenn damit SP-parteiintern weder Karrierechancen noch ein Blumentopf zu gewinnen sind.

Finnischer Ansatz

In diesem Zusammenhang empfohlen sei nicht nur der SP, sondern auch den Exponenten der Grünen und Grünliberalen, einmal die sicherheitspolitischen Aktivitäten und Bemühungen der mit uns befreundeten und in vielen Teilen vergleichbaren Staaten Finnland, Norwegen und Schweden zu analysieren.

Ein erster Ansatz könnte das Studium des am 16. Februar 2017 veröffentlichten finnischen Regierungsdokuments *Government's Defence Report* sein. 